

Rettet unsere Stadt im Grünen

Die ELF Bürgerinitiativen

Bürgergemeinschaft Alt-Frankenforst e. V.
Interessengemeinschaft Bensberg-Süd
Bürgerinitiative Bensberg Süd-West
Bürgerinitiative „Hände weg vom Bahndamm“
Bürgerinitiative „Pro Saaler Mühle“
Bürgerinitiative Neu-Frankenforst
Bürgerinitiative „Pro Bahndamm/Contra Straße“
Bürgerinitiative Frankenforst West
Bürgergemeinschaft Bergisch Gladbach Raum Lückeraath
Siedlergemeinschaft Lückeraath
1. Gronauer Verkehrsinitiative

Die ELF Bürgerinitiativen "Rettet unsere Stadt im Grünen"
51427 Bergisch Gladbach

Stadt Bergisch Gladbach
FB 6-61 Stadtplanung
Postfach 20 09 20

51439 Bergisch Gladbach

28. September 2009

Bebauungsplan Nr. 2433

– Tannenbergstraße –

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem obigen Planvorhaben nehmen wir wie folgt Stellung.

Wir sind eine Gruppe von **ELF** Bürgerinitiativen, die die Interessen tausender von Menschen für bestimmte Belange zwischen Bensberg-Süd und Gronau-Ost vertritt. In der größten Bürgerversammlung von Bergisch Gladbach (laut KStA) am 6. März 2006 haben über 1.000 Teilnehmer eine Resolution gegen den Neubau einer Straße für den LKW-Verkehr von der Zinkhütte auf der seit Jahrzehnten stillgelegten, einspurigen Güterzugtrasse verabschiedet.

Wir äußern hiermit unsere Bedenken gegen den obigen Bebauungsplan.

Begründung

Die nach Westen verlegte Tannenbergstraße soll in die Verlängerung der Kalkstraße münden. Dafür ist das geplante Kreisverkehrsbauwerk nicht erforderlich.

Die ansatzmäßig vorgesehene Verbindung in Richtung Zinkhütte ist aus den nachgenannten Gründen nicht realisierbar. Daher macht das gewaltige Bauwerk keinen Sinn und käme einer kostspieligen **Fehlplanung** gleich.

Der überzogene, unrealisierbare Planungsansatz kann dazu führen, daß die für die dringend gewünschte Verbesserung der S-Bahn-Anbindung vorausgesetzte Tieflage der Tannenbergstraße wegen Unfinanzierbarkeit scheitert.

Für die Nutzung der noch in Betrieb befindlichen Güterzugstrecke auf dem alten Bahndamm zwischen Bahnhof Bergisch Gladbach und Zinkhüttengelände als Verkehrsstraße sind alle planungsrechtlichen Grundvoraussetzungen nicht erfüllt bzw. werden nicht zu erfüllen sein.

Das sind im Einzelnen:

Die fehlende Entscheidung der Landesregierung, den vorhandenen Gleisanschluß des Gewerbegebiets zum nahe gelegenen Bahnhof stillzulegen. Das ist eine politische Grundsatzentscheidung (bzgl. Güterverkehr Schiene/Straße) und nicht abhängig davon, ob die bisherige Nutzung irgendwann aufgegeben wird

Der Bürgerwille

Protestveranstaltung mit über 1.000 Teilnehmern und 4.000 zuvor gesammelten Unterschriften

Die Unmöglichkeit, erforderliches privates Gelände in diesem Fall käuflich oder durch Enteignungen zu erwerben (unzulässig nach § 87 (1) BauGB)

Die geschönte Kostenplanung bei der Lärmschutz, Altlastenentsorgung und viele andere Positionen fehlen

Die städtebauliche Verschandelung

Die gutachtlich ausgewiesene fehlende verkehrliche Entlastung vorhandener Hauptverkehrsstraßen bei diesem Straßenneubau

Die Neubelastung von Wohngebieten

Die Umweltschäden an Erholungs- und Landschaftsschutzgebieten

Die fehlende Genehmigungsfähigkeit eines weiteren Autobahnanschlusses wegen hoher vorhandener Anschlussdichte

Das verkehrsplanerisch völlig unverständliche Vorhaben, die jetzige hochliegende Güterzugtrasse abzureißen und die Mülheimer Straße und den Refrather Weg **geländegleich (!)** zu kreuzen, um den Verkehr am Finanzamt vorbei zur Zinkhütte zu führen.

Das eigentliche Ziel, die Verbesserung des S-Bahn-Verkehrs durch Tieflage einer Straße, sollte nicht einem kostenexplosiven Nebenziel, das für alle Zeiten unrealisierbar ist, zum Opfer fallen. Eine Überarbeitung der Planung wird daher dringend empfohlen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Liane Schneider

Liane Schneider
Sprecherin der ELF Bürgerinitiativen